
31/A(E) XXVI. GP

Eingebracht am 20.12.2017

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid
Kolleginnen und Kollegen
betreffend „Inklusive Bildung“**

„Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ wurde von Österreich im Jahr 2008 ratifiziert und definiert Ziele und Maßnahmen, die die Umsetzung einer umfassenden Partizipation aller Menschen am gesellschaftlichen und beruflichen Leben sicherstellen sollen.

Der im Jahre 2012 beschlossene ‚Nationale Aktionsplan Behinderung 2012-2020‘ formuliert Zielsetzungen, die auch im Bereich der Bildung die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems vorsehen und als ersten Schritt die Implementierung und Evaluation modellhafter Initiativen (wie z.B. Inklusive Modellregionen) fordern. Der „Nationale Aktionsplan Behinderung 2012-2020“ sieht vor, dass die Inklusiven Modellregionen bis 2020 eingerichtet sind, was einen strukturellen Wandel im Bildungssystem bedingt. Das Bundesministerium für Bildung hat Anfang September 2015 eine Richtlinie erlassen, die die pädagogischen, rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung inklusiver Modellregionen festlegt und damit Orientierung für die Länder schafft. Inklusive Modellregionen wurden eingerichtet, um Erfahrungen mit einer vollständigen Umsetzung inklusiver Bildung zu sammeln.

In der ersten Umsetzungsphase starten ab dem Schuljahr 2015/16 die Bundesländer Kärnten, Steiermark und Tirol mit dem Aufbau.

In der letzten Legislaturperiode des Nationalrates befasste sich darüber hinaus der Unterausschuss des Unterrichtsausschusses in zwei Sitzungen (7. Oktober 2014 und 15. März 2017) unter Einbeziehung von Betroffenen und ExpertInnen mit dem Thema „Inklusive Bildung“.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

“Die Bundesregierung wird aufgefordert, die ‚Inklusive Bildung‘ in den Modellregionen mit wissenschaftlicher Begleitung weiter zu unterstützen, mit dem Ziel einer österreichweiten Umsetzung.“

Zuweisungsvorschlag: Unterrichtsausschuss